



NEWSLETTER 01/2015

FORUM | MIGRATION



© Robert Kneschke – Fotolia.com

Lohnbetrug in der Luxusmall

800 Mio. Euro hat der Bau des Shoppingcenters „Mall of Berlin“ gekostet – ihren Lohn haben trotzdem nicht alle Arbeiter gekriegt: Seit Wochen demonstrieren in der Hauptstadt rund 30 Rumänen, weil zwei Baufirmen ihnen insgesamt 30.000 Euro vorenthalten. Die Firmen haben in der Zwischenzeit Insolvenz angemeldet – eine Methode mit System, sagt der DGB.

Die Bedingungen, unter denen die rumänischen Bauarbeiter auf der Baustelle der neuen Luxusmall am Potsdamer Platz gearbeitet haben, klingen wie aus einer anderen Zeit: „Uns wurde nicht nur der Lohn vorenthalten. Wir waren Drohungen (auch von Gewalt) ausgesetzt, insbesondere fehlende Deutschkenntnisse wurden ausgenutzt. Uns wurden zudem schriftliche Arbeitsverträge vorenthalten oder schlicht verweigert“, heißt es in einer Erklärung der protestierenden Arbeiter. 1.200 Euro im Monat waren ihnen versprochen worden – doch nicht mal die haben sie bekommen. Der Projektentwickler des neuen Einkaufszentrums sagte, er habe pünktlich bezahlt, könne aber nicht jeden Subunternehmer eines Subunternehmens kontrollieren. „Da endet meine Verantwortung.“ Ende Oktober wandten sich einige der Arbeiter an das Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte

(BEB) beim DGB in Berlin. „Die Firmen kannten wir teils schon“, sagt DGB-Regionsgeschäftsführer Heiko Glawe. „Solche Praktiken gibt es bei vielen Bauprojekten.“ Das Modell: „Billige Arbeitskräfte aus Ost- und Südeuropa werden angelockt, Versprechen dann nicht gehalten.“ Für die Firmen seien die Risiken sehr gering. „Viele Fälle bleiben unbekannt. Und wenn sie mal auffliegen wird Insolvenz angemeldet, und eine neue Firma aufgebaut.“ So wie bei der Mall of Berlin. „Das ist ein sehr lukratives Geschäftsmodell“, sagt Glawe. „Die Firmen beschäftigen die Arbeiter zu absoluten Niedriglöhnen und wälzen die Folgen dann auf die Sozialversicherungen und den Steuerzahler ab.“ Es sei ärgerlich, „dass bei Hartz IV-Beziehern so intensiv kontrolliert wird, bei solchen Firmen aber nicht“, sagte Glawe. Ein Problem war, dass die Arbeitsleistungen nicht ausreichend dokumentiert waren. „In einigen Fällen konnten wir immerhin Teilzahlungen durchsetzen.“ Allerdings zeigen gewerkschaftliche Projekte wie Faire Mobilität oder das BEB Wirkung. Noch vor einigen Jahren wurden deren Mitarbeiter nur beschimpft, inzwischen sei die Bereitschaft der Firmen zu verhandeln, wenn die Beratungsstellen sich einschalten „deutlich gewachsen“, sagt Glawe.


www.faire-mobilitaet.de

INHALT 01/2015

Lohnbetrug in der Luxusmall	1
Was hat der Mindestlohn den Fleischern gebracht?	2
Mainzer Polizei hat sich geöffnet.	2
Schweiz: „Ecopop“ gescheitert	2
Deutschland profitiert	2
„Deutschland hat sich gegen die Realität gewehrt“	3
News + Termine	3
Mindestlohn und gute Arbeit – Kommentar von Eva Maria Welskop-Deffaa, Vorstand der Gewerkschaft ver.di	4





Was hat der Mindestlohn den Fleischern gebracht?

Ab dem 1. Januar gilt in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn. Einige Branchen waren schneller: Für die rund 81.000 Beschäftigten der Fleischindustrie etwa gilt seit dem 1. August ein Mindestlohn von bundesweit 7,75 Euro. Er steigt in vier Stufen bis Dezember 2016 auf 8,75 Euro – auch für Betriebe und Beschäftigte, die nicht tariflich gebunden sind. Viele der Beschäftigten werden von Arbeitgebern mit Sitz im Ausland vorübergehend nach Deutschland entsendet. Welche Erfahrungen gibt es mit der neuen Regelung?

„Mein Eindruck ist: Die meisten Firmen haben reagiert“, sagt Jochen Empen von der DGB Beratungsstelle „Faire Mobilität“ in Hamburg. In viele Arbeitsverträgen sei der neue Lohn umgesetzt, der Zoll habe nun bessere Möglichkeiten, einzugreifen.

Doch manche Firmen suchen weiter nach Möglichkeiten, den Lohn zu drücken – auch mit betrügerischen Methoden: „Teils werden nicht alle Stunden abgerechnet, es gibt Abzüge für Unterkunft, Transport und Arbeitsmittel“, sagt Empen. Dadurch könne ein Nettolohn von weniger als 1.000 Euro „schnell nochmal um 300 Euro oder mehr sinken“. Faktisch würden manche Beschäftigte so noch immer für weniger als fünf Euro in der Stunde arbeiten. Hat der Mindestlohn die Jobchancen für ausländische Beschäftigte geschmälert? „Nein“, sagt Empen. „Es gibt ja kaum Deutsche, die das zu den angebotenen Konditionen machen wollen.“ Es stehe „außer Frage“, dass auch in Zukunft migrantische Arbeiter beschäftigt würden. Empen glaubt aber, dass mittelfristig vermehrt deutsche statt ausländischer Subunternehmen auftreten. „Den Preisvorteil der ausländischen Löhne gibt es nicht mehr in dem Maße, also kann man die Leute

auch mit deutschem Arbeitsvertrag anstellen.“ Das schütze zwar „nicht unbedingt vor Ausbeutung“, sagt Empen, könne aus Arbeitnehmersicht aber dennoch von Vorteil sein: „Lohn ist einfacher einzuklagen, die Kontrollbehörden haben bessere Möglichkeiten, die Beschäftigungsbedingungen zu prüfen. Bei Entsendefirmen war das ja oft ein Problem.“ Abzuwarten bleibe, ob die Schlachthöfe endlich dazu übergehen, die Beschäftigten vermehrt direkt einzustellen, sagt Empen.

-  Train-the-Trainer-Seminar: Faire Mobilität – Ausbeutung und Lohndumping verhindern. 11. bis 13. Mai 2015, DGB-Haus Hamburg Anmeldung und Infos www.migration-online.de/2015_train_the_trainer
-  Broschüre des DGB „Gleiche Arbeit, gleiche Rechte? Mobile Beschäftigte in Deutschland und Niedersachsen“. Download: <http://bit.ly/1yYM2k1>



Mainzer Polizei hat sich geöffnet

Nach dem NSU-Skandal wurde die Forderung laut, die Polizei müsse mehr Beamte mit Migrationshintergrund einstellen. Eine Studie des Mediendienstes Migration ergab nun: Gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung sind Menschen mit Migrationshintergrund im Polizeidienst oft stark unterrepräsentiert: In Mecklenburg-Vorpommern sind es 0,4 %, in Rheinland-Pfalz 2,5 % und in Niedersachsen 3,2 %. Ein Modellprojekt in Rheinland-Pfalz hat Abhilfe geschaffen.

Vor drei Jahren starteten das Polizeipräsidium Mainz,

das Integrationsministerium, das Innenministerium und das Institut zur Förderung von Bildung und Integration das Projekt „Vielfalt in der Polizei“. „Die Vielfalt der Gesellschaft solle sich in den Belegschaften der Behörden widerspiegeln“, sagte Integrationsministerin Irene Alt zum Abschluss des Projekts am 3. Dezember 2014. Der Mainzer Polizeipräsident Karl-Heinz Weber sagte, das Projekt habe „tatsächlich zu mehr Vielfalt in unseren Reihen geführt.“ Beim Polizeipräsidium Mainz haben heute 5,4 % der 1.700 Mitarbeiter einen Migrationshintergrund. Bundesweit liegt die Quote bei 2,5 %. Im Rahmen des Pro-

jekts wurden mit Informations- und Beratungsveranstaltungen über 3.500 Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitglieder von Migrantenvereinen erreicht. 151 KandidatInnen für den polizeilichen Eignungstest wurden betreut und gefördert, 150 Beamte PolizeischülerInnen nahmen an Kursen zu Diversity Management teil. Die Polizei will auch künftig MigrantInnen werben.

-  Untersuchungen des Mediendienstes Migration: <http://bit.ly/16dJRhZ>
-  Projekt „Vielfalt in der Polizei“: <http://bit.ly/1x8JY9J>

Schweiz: „Ecopop“ gescheitert

Zum zweiten Mal in diesem Jahr haben die Schweizer Ende November über eine Begrenzung von Zuwanderung abgestimmt. Doch die Initiative „Stopp der Überbevölkerung“ scheiterte mit nur etwa 25 Prozent Zustimmung. Die rechte Vereinigung „Ecopop“ wollte die Begrenzung der Nettozuwanderung, also Einwanderer minus Auswanderer, auf

durchschnittlich 0,2 Prozent der Schweizer Bevölkerung festschreiben.

Gewerkschaftsbund (SGB) hatte sich mit einer Kampagne klar gegen die Initiative positioniert. Nach Ablehnung hieß es beim SGB, er nehme das Nein zu der „gefährlichen und unmenschlichen Ecipop-Initiative mit Befriedigung zu Kenntnis“. Neue Dis-

kriminierungen von Migrantinnen und Migranten dürfe es nicht geben. Das führe zu „mehr Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen und schadet damit allen Arbeitnehmenden in der Schweiz“, so der SGB. Das Parlament müsse nun sicherstellen, dass der Grundsatz „in der Schweiz werden Schweizer Löhne bezahlt und gelten Schweizer Arbeitsbedingungen“ durchgesetzt werden.

Deutschland profitiert

Neue Studie: Migranten zahlen deutlich mehr in die Sozialkassen ein, als sie herausbekommen

22 Milliarden Euro

zahlten die rund 6,6 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft im Jahr 2012 insgesamt mehr an den Staat, als sie in Form von individuellen Transfers – Leistungen der gesetzlichen Sozialversi-


cherungen, der sozialen Existenzsicherung und die öffentlich finanzierte Bildung – zurückerhielten. Dies entspricht einem laufenden Überschuss von

3.300 Euro

je Ausländer. Addiert man die Steuern, Beiträge und Sozialtransfers auf, die für die ausländische Bevölkerung des Jahres 2012 bei unveränderten wirtschaft-

lichen und steuerlichen Bedingungen bis an deren Lebensende anfallen würden, kommt man auf eine Nettzahlung je Ausländer im Barwert von

22.300 Euro

-  Quelle: Bertelsmann-Stiftung: „Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt“, <http://bit.ly/16dQnFx>



„Deutschland hat sich gegen die Realität gewehrt“

Anfang Dezember 1964 startete der WDR mit „Köln Radyosu“ die erste türkischsprachige Radiosendung. 50 Jahre später akzeptiert Deutschland langsam, dass es längst zum Einwanderungsland geworden ist, sagt die Leiterin der türkischen Redaktion des Senders, Ayca Tolun.

| Forum Migration: Frau Tolun, seit Jahrzehnten machen Sie in Deutschland türkisches Radio. Ist es noch ein Programm für Fremde?

| Ayca Tolun: Deutschland hat sich wahnsinnig lange gegen die Realität gewehrt. Jahrzehntelang habe ich in deutschen Medien gelesen, warum es kein Einwanderungsland ist, während in den türkischsprachigen Medien richtigerweise stand, dass es das natürlich doch ist. Das ändert sich langsam. Die Politik hat ein Bekenntnis zur Einwanderern abgegeben. Eine Zäsur war auch der Tag, an dem Christian Wulff als Bundespräsident gesagt hat: ‚Der Islam gehört zu Deutschland.‘ Das war sehr wichtig. Es gab da ein regelrechtes Aufatmen bei vielen MigrantInnen: ‚Endlich haben sie es begriffen.‘ Das hat die Zuversicht erhöht, dass es auch politische Reformen geben wird.

| Wie die des Staatsbürgerschaftsrechts?

| Ja, zum Beispiel. 2000 wurde das Staatsangehörigkeitsrecht zwar erneuert, aber von Türken wurde erwartet, ihre alte Staatsbürgerschaft aufzugeben.

Für viele war dies wie in einer unglücklichen Liebesgeschichte: Sie sagten: ‚Wenn mein Liebhaber mich nicht akzeptiert, wie ich bin, dann will ich nicht heiraten. Und viele verzichten auf den deutschen Pass. Das hat manche Herzen gebrochen. Der Migrant ist Migrant und hat ein Herkunftsland und das wird nicht vergessen, auch wenn manche das erwarten.

| Hat sich die Erwartung auf Verbesserungen nach Wulffs Amtszeit denn erfüllt?

| Es passiert gerade sehr viel in Deutschland. Selbst die CDU hat ja mittlerweile sehr viel Kommunalpolitiker mit Migrationshintergrund. Jetzt geschieht das, was vor 20 Jahren hätte sein können. Aber besser spät als nie. Die MigrantInnen werden der Gesellschaft immer mehr abverlangt. Es wird so sein wie in den USA oder Großbritannien, wo die Einwanderung viel länger akzeptiert ist.

| In der Integrationsdebatte heißt es immer wieder, MigrantInnen hätten eine Bringschuld, vor allem was Deutschkenntnisse angeht. Die jüngste Episode hierbei ist der CSU-Vorstoß zum Deutsch reden in der Familie. Steht man da mit einem türkischsprachigen Radioprogramm unter Rechtfertigungsdruck?


| Permanent. Wir werden sehr angefeindet. Ich bin seit 25 Jahren dabei und es endet nicht. Alle fünf Jahre wird das Ganze immer wieder infrage gestellt. Es heißt: Das braucht man doch nicht mehr.

| Was entgegnen Sie dann?

| Wer so argumentiert, denkt, Migration funktioniert wie vor 100 Jahren. Doch so etwas gibt es nicht mehr. Die Leute assimilieren sich nicht und wollen das auch nicht. Die Lebenswirklichkeit ist viel komplexer. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgabe alle Minderheiten zu bedienen. Wir machen ein Special-Interest-Programm für eine große Zahl von Menschen. Wir machen das nicht, weil die Leute kein Deutsch können. Wir tun es, weil die MigrantInnen uns trotzdem hören wollen.

| Hat Sie der CSU-Vorstoß gewundert?


| Überhaupt nicht. Dafür bin ich zu lange dabei. Es ist ein Spiel. Die CSU weiß genau, dass das Quatsch ist. Aber es ist ein guter Weg, sich im Gespräch zu halten. Die Diskussion tut immer noch so, als ob ein guter Migrant nur der ist, der nicht mehr auffällt. Man hat diese Diskussion auch im Alltag, wenn in der Straßenbahn Jugendliche Türkisch sprechen und Fahrgäste dann grummeln. ‚Hier ist aber Deutschland‘: Früher war so etwas noch viel verletzender. Heute gibt es da mehr Selbstbewusstsein. Die Jugendlichen ziehen dann Grimassen und fertig. Sie wissen: Die Menschen werden die Vielfalt ertragen müssen.

 Ayca Tolun leitet die türkische Redaktion des WDR/Radio Bremen-Senders Funkhaus Europa

News + Termine

Ver.di-Resolution gegen Rassismus im Bewachungsgewerbe


Nach den Berichten über die Misshandlung von Asylbewerbern in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsheimen haben die ‚Tarifkommissionsmitglieder Sicherheitsdienstleistungen‘ von vier ver.di-Landesbezirken eine Resolution gegen Rassismus im Bewachungsgewerbe beschlossen. Sie fordern Ombudsleute, interne funktionierende Frühwarnsysteme und vor allem eine Aufstockung der Budgets für eine ausreichende Personalbemessung. „Für die Missachtung von Menschenrechten und das Vergreifen an der vermeintlich schwächsten Gruppe in unserer Gesellschaft gibt es keine Entschuldigung. Für rassistisch motivierte Gewalt ist bei uns im Sicherheitsgewerbe und auch in anderen Berufsgruppen kein Platz.“

 Die Resolution: „Kein Platz für Rassismus im Bewachungsgewerbe – Bessere Bedingungen für Flüchtlinge und Beschäftigte“ im Wortlaut: <http://bit.ly/1sivXVR>

Gewerkschafts-Senioren unterstützen Migranten

Auf Initiative des Vereins von migra e.V. und der örtlichen ver.di Seniorengruppe unterstützen ältere


Menschen in Rostock Flüchtlinge mit Sprachpatenschaften. Sechs SeniorInnen konnten in den letzten Monaten für das Projekt gewonnen werden. Sie kümmern sich darum, dass die erlernte deutsche Sprache in der Praxis umgesetzt wird, etwa mit Spaziergängen oder beim gemeinsamen Zubereiten landestypischer Gerichte. Sprache sei der „entscheidende Schlüssel für eine gelingende Integration von MigrantInnen in die Aufnahmegesellschaft“, heißt es im Aufruf der ver.di-Senioren. „AusländerInnen sollen sich bei uns heimisch fühlen. Wir wollen nun versuchen, noch mehr Menschen zu finden, die MigrantInnen helfen, hier bei uns eine neue Heimat zu finden.“

 Kontakt und Infos: <http://bit.ly/12UZdpg>

Neues Gutachten zur Interkulturellen Altenpflege

Die Zahl der MigrantInnen, die älter als 60 Jahre sind wird bis 2030 wahrscheinlich bundesweit auf 2,8 Millionen anwachsen. Dienste für ältere Menschen müssen sich auf diese Situation einstellen. Die Beauftragte des Senats für Integration und Migration Berlin, Monika Lücke, hat jetzt ein Gutachten zu Bedarfen im Bereich der Interkulturellen Altenpflege präsentiert. „Immer mehr MigrantInnen stellen sich die Frage,

wie Angehörige im Alter versorgt werden sollen, wenn Kinder und Familie diese Aufgaben nicht bewältigen können“, sagt Lücke. „Es bestehen Unsicherheit und Ängste, ob die Hilfsangebote den Bedürfnissen von MigrantInnen und Migrantinnen überhaupt gerecht werden.“ Die Studie ergab unter anderem, dass kultursensible Pflegeangebote wie muttersprachliche ambulante Pflegeangebote gewünscht sind, um die häusliche Pflege durch die Familie zu unterstützen. Die Ergebnisse sind in einer Broschüre für Angehörige und Fachpublikum zusammengefasst.

 Broschüre „Interkulturelle Altenhilfe in Berlin – Empfehlungen für eine kultursensible Pflege älterer MigrantInnen und Migrantinnen“: <http://bit.ly/1ApqQIB>

04. bis 06. Februar 2015

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft Anerkennung – Kurs in drei Blöcken

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

01. bis 06. März 2015

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft Anerkennung

Veranstaltungsort: Bonn

 www.migration-online.de/2015_fachkraft_anerkennung



Mindestlohn und gute Arbeit

© Kay Herschelmann



Kommentar von Eva Maria Welskop-Deffaa, Vorstand der Gewerkschaft ver.di


Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn kommt: Zum 1. Januar 2015 tritt das Mindestlohngesetz in Kraft, das im Sommer 2014 das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren passiert hat. Die DGB Gewerkschaften, allen voran ver.di, haben seit Jahren dafür gekämpft. Am Ende gab es viele gute Gründe, die auch jene überzeugt haben, die lange zögerten. Unübersehbar war: Der Schutz tarifvertraglich verabreiteter Mindestlöhne erreichte erkennbar genau jene nicht, die eines solchen Schutzes besonders bedürfen. Ein immer größer werdender Kreis von Beschäftigten arbeitet in Betrieben, die nicht tarifgebunden sind. Das Risiko, zu einem Lohn arbeiten zu müssen, der nicht existenzsichernd ist, traf und trifft Menschen dabei sehr unterschiedlich – je nach Branche, Ausbildung, Arbeitslosigkeitserfahrung, Gesundheit – und Herkunft. Wer in seinem Lebenslauf eine Zuwanderungsgeschichte schreibt, erzielt besonders häufig unterdurchschnittliche Einkommen. Auch zehn Jahre nach dem Beginn einer Beschäftigung in Deutschland liegen die Bruttotagesverdienste von Zuwanderern mit abgeschlossener Berufsausbildung um ein Viertel niedriger als die Vergleichslöhne der Deutschen. 31 % der zugewanderten Fachkräfte werden in Deutschland unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt. Unabhängig davon, ob Familie, Freunde oder Arbeitsagentur im Heimatland bei der Jobsuche unterstützen, unabhängig ob Akademiker oder ungelernte Arbeiterin: Die Bezahlung der MigrantInnen in Deutschland liegt deutlich unter der ihrer deutschen KollegInnen mit gleicher Qualifikation. Sehr viele werden zu Aufstockern – beziehen ergänzende SGB II-Leistungen – weil sie mit ihrem Fulltime-Job die Familie nicht ernähren können: 6,50 Euro pro Stunde sind schlicht zu wenig, um in Deutschland Miete, Essen und Kleidung zu bezahlen und doch keine Ausnahme für Call-Center-Mitarbeiterinnen oder Friseure gewesen.


Im Mai 2014 hat ver.di eine Studie veröffentlicht (1), die auf einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationsgeschichte beruht: 81 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund sind überzeugt: Durch die Gewerkschaften wird in Deutschland die Lage für die Arbeitnehmer verbessert. Dabei erwarten 90 % der Befragten mit Migrationshintergrund von ihrer Gewerkschaft vor allem, dass sie sich für „bessere Löhne“ einsetzt. Der Kampf um den gesetzlichen Mindestlohn war ein solcher Einsatz für bessere Löhne. Er kann und muss fortgesetzt werden, nicht zuletzt indem wir in mehr Branchen eine breitere Tarifbindung durchsetzen. Das Tarifautonomiestärkungsgesetz (2) flankiert den gesetzlichen Mindestlohn durch weitere Neuregelungen – z.B. die leichtere Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen. Sie zielen darauf, dem gewerkschaftlichen Kampf für gute Löhne bessere Ausgangsbedingungen zu verschaffen.

Wesentlich für den zukünftigen Erfolg der Gewerkschaften im Kampf um gute Löhne, sichere Arbeitsplätze und gute Arbeit ist und bleibt unser Organisationsgrad. Wir werden politische Erfolge wie den gesetzlichen Mindestlohn und tarifvertragliche Erfolge – faire Löhne und gute Arbeit für alle – nur durchsetzen können, wenn wir die Erfahrung, das Gewicht und die Durchsetzungsmacht unserer Mitglieder in die Waagschale werfen. Gerade Menschen mit ausländischen Wurzeln erreichen wir aber noch viel zu selten als Mitglieder. In unserer Befragung haben 84 % der jungen Menschen mit Migrationshintergrund gesagt, dass sie noch nie werbend auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft angesprochen wurden.

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn ist ein Damm gegen das Abrutschen der Löhne aufgerichtet worden, der gerade auch MigrantInnen schützt. Von fairen Arbeitsmarktchancen für Menschen mit Migrationsgeschichte sind wir dennoch weit entfernt: Die Zugangsbarrieren von jungen Menschen mit ausländischem Namen bei der Suche nach einem Aus-

bildungsplatz sind hoch, die Zahl der Ausbildungsabbrüche von Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutet auf migrationspezifische Schwierigkeiten hin, die Überrepräsentanz der Migranten unter den Arbeitslosen, die schlechteren Bewilligungsquoten von Rehaleistungen der Rentenversicherung für Beschäftigte mit Migrationshintergrund ... viele Fakten, die auf fortbestehende Diskriminierung und auf eine besondere Vulnerabilität von Menschen mit Migrationsgeschichte hinweisen. In diesen Fragen bleiben wir gewerkschaftlich aktiv – in der Tarifarbeit, der betrieblichen Mitbestimmung, der sozialen Selbstverwaltung und in der politischen Lobbyarbeit. Die erfolgreiche Durchsetzung des Mindestlohngesetzes ist dabei eine motivierende Erfahrung. Die Lücken im MiLoG zu schließen, die gerade für SaisonarbeiterInnen und Langzeitarbeitslose und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund noch erkennbar groß sind, steht dabei ganz oben auf unserer Agenda.

 1: Die Studie „Von Gewerkschaften erwarte ich, dass sie sich für sichere Arbeitsplätze einsetzen!“ von Professor Dr. Carsten Wippermann ist als sopodialog-Broschüre im Mai 2014 erschienen und über [ver.di/Ressort 5](http://ver.di/Ressort5) zu bestellen.

 2: Das Mindestlohngesetz (MiLoG) ist Teil eines größeren Gesetzespaketes, das insgesamt den Namen „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ (Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie vom 11.08.2014, Bundesgesetzblatt I/2014 1348)

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideel, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

